

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 3

Artikel: Die Ausbreitung konventioneller Waffen : kleinkalibrige Waffen, Düsenkampfflugzeuge, Lenkwaffen
Autor: Hoagland, John H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162117>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Ausbreitung konventioneller Waffen

Kleinkalibrige Waffen — Düsenkampfflugzeuge — Lenkwaffen

JOHN H. HOAGLAND

Eine Überprüfung der lokalen militärischen Zwistigkeiten unter Entwicklungsländern enthüllt eine wichtige, aber kaum überraschende Tatsache — nämlich daß die Waffen, mit denen diese Konflikte ausgetragen wurden und welche Strategie und Ausgang der Kriege mehr oder weniger bestimmten, jeweils nicht aus den betreffenden Ländern selber stammten.

Selbst als Gesamtheit haben die Entwicklungsländer im Vergleich zu den Großmächten nur sehr geringe militärische Möglichkeiten. Im Bestreben, sich eine Art Überblick zu beschaffen, tut man gut daran, nicht zu vergessen, daß sechs Länder — die USA, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich, Westdeutschland und Rotchina — 85% aller Wehrausgaben der Welt bestreiten; auf die übrigen Länder, ungefähr 130 an der Zahl, entfallen rund 15%.

Trotz ihrer beschränkten militärischen Möglichkeiten stellen die Entwicklungsländer aber ein wichtiges Problem in bezug auf die internationale Sicherheit dar. In einer Epoche knapp ausbalancierter strategischer Abschreckung zwischen Ost und West erhalten bereits lokale militärische Vorbereitungen und erst recht die Konflikte zwischen den Entwicklungsländern große Bedeutung und bilden nicht selten Quellen internationaler Spannungen. Unbeschadet der politischen und wirtschaftlichen Gründe haben die Großmächte seit dem Zweiten Weltkrieg beträchtliche Mengen von Waffen an die Entwicklungsländer geliefert und gelegentlich sogar direkt in ihre Konflikte eingegriffen. In der gleichen Zeit wurden die Entwicklungsländer nicht nur zum Schauplatz der ideologischen Auseinandersetzung, sondern in ihnen melden sich auch immer stärker nationalistische Regungen. Beides sind Faktoren, welche einen wachsenden Bedarf an modernen Waffen schaffen.

Hinsichtlich Kriegsmateriallieferungen und Wehrtechnik werden die Entwicklungsländer für die nächste Zukunft und sicher in den siebziger Jahren weitgehend von den Industriestaaten abhängen. Um zu verstehen, weshalb und wie in den Entwicklungsländern innerhalb der nächsten zehn Jahre die Beschaffung von Kriegsmaterial vor sich gehen wird, ist es vor allem notwendig, sich einmal klar zu machen, auf welche Art und Weise Waffen

und Wehrtechnik von den Industrieländern in die Entwicklungsländer gelangen. Es werden im folgenden drei Waffengruppen betrachtet: kleinkalibrige Waffen, Düsenflugzeuge und ballistische Lenkwaffen. Andere wichtige Rüstungsobjekte wie Artillerie, Kampfwagen, Kriegsschiffe und Fliegerabwehrlenkwaffen werden nicht besprochen oder nur kurz gestreift. Die charakteristischen Züge des internationalen Waffenhandels, die allen Waffenklassen gemeinsam sind, gehen jedoch bereits aus den hier betrachteten drei Gruppen hervor. Abschließend werden die Motive, welche diesem Waffenhandel zugrunde liegen, besprochen und ihre voraussichtlichen Wirkungen auf die regionale und auf die internationale Sicherheit aufgezeigt.

Kleinkalibrige Waffen

Die Frage, wie Waffen ausgebreitet werden, muß auf möglichst umfassender Basis geklärt werden. Man darf nicht nur die bekannten Fälle im Mittleren Osten und in Südasien betrachten, wo Rüstungslieferungen jeweils aufgrund zwischenstaatlicher Abmachungen erfolgen. Man muß auch den weniger bekannten Gebieten des Waffenhandels nachgehen, ganz besonders der Verschiebung leichter Feuerwaffen wie Sturmgewehre, Maschinenpistolen und kleine Minenwerfer, mit denen gerade die heißesten Konflikte in Entwicklungsländern ausgetragen worden sind und die in den nächsten Jahren noch an Bedeutung gewinnen werden. Im Gegensatz zu den schweren Waffen können leichte Waffen durch verschiedene Quellen, sogar durch zivile Waffenhändler, bezogen werden; sie werden oft in sehr kleinen Mengen verkauft, und der Handel mit ihnen läßt sich darum leicht geheimhalten. Allerdings erfolgte die Abgabe von leichten Waffen an Entwicklungsländer nach dem Zweiten Weltkrieg meist in Lieferungen, die gewöhnlich Hunderttausende von Waffen in einer einzigen Transaktion umfaßten, und zwar in der Regel aufgrund eines militärischen Hilfeabkommens zwischen einem Industriestaat und einem Entwicklungsland. Dabei darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß leichte Waffen, einmal geliefert, im Umlauf bleiben, aber rasch und oft Besitzer wechseln, und dies häufig in einer vom Lieferstaat keineswegs voraussehbaren Weise. Ihre Langlebigkeit trägt dazu bei, diese Ungewißheit zu vergrößern. So gibt es sichere Beweise dafür, daß in der Zypernkrise von 1963—1965 die türkischen Zyprioten größtenteils mit Mauserverschluß-Gewehren ausgerüstet waren, die die türkische Armee in den Jahren 1890—1905 in großen Mengen von Deutschland bezogen hatte.

Alarmierend ist aber die Tatsache, daß die leichten Waffen, einmal in ein Entwicklungsland gelangt, auch innert kurzer Zeit in unvorhergesehener, überraschender Weise ihre Besitzer wechseln oder einem Zweck zugeführt werden, welcher völlig im Gegensatz zu den Absichten des Lieferanten steht.

Es ist beispielsweise sehr interessant, den Weg der Waffen zu verfolgen, die seinerzeit von Belgien und den USA nach Kuba und von dort in die Hände der Aufständischen in Venezuela gelangten. Castro brauchte im Jahr 1959, unmittelbar nach der Machtergreifung, Waffen für die im Aufbau begriffene nationale Armee. Es gelang ihm, 65000 NATO-Sturmgewehre von der Fabrique Nationale de Belgique, 1000 «Uzi»-Maschinenpistolen, die in Belgien nach israelischer Lizenz hergestellt wurden, sowie 200 Maschinengewehre zu beschaffen. Bei allen diesen Waffen handelte es sich um damals moderne Konstruktionen. Castro übernahm ferner ein ganzes Arsenal von Waffen, die die Regierung Batista in den fünfziger Jahren von den Vereinigten Staaten aufgrund eines militärischen Beistandspaktes erhalten hatte und die dazu bestimmt gewesen waren, die nationalen kubanischen Streitkräfte für den Fall der Gefährdung der internationalen Sicherheit aktionsfähig zu machen.

Mit dem Wachstum der neuen kubanischen Armee ergab sich die Notwendigkeit, einen Großlieferanten für Waffen zu finden. Im Lauf des Jahrs 1960 trafen sowjetische und tschechische Waffen in Kuba ein. Diese Lieferungen umfaßten 125000 Sturmgewehre, 10000 Maschinenpistolen und Hunderte von Gefechtsfeldwaffen. In dem Maße, als sich die sowjetischen Waffen als Standard einbürgerten, wurden die belgischen und amerikanischen Waffen langsam überflüssig. Kurze Zeit darauf fanden diese Waffen in Venezuela wieder Verwendung. In einem Waffenversteck, das 1963 in Venezuela entdeckt wurde und das für die kommunistischen Aufständischen bestimmt war, stellte man FN-Gewehre, «Uzi»-Maschinenpistolen, amerikanische 60-mm-Minenwerfer sowie amerikanische Rakrohre und rückstoßfreie Geschütze fest, die seinerzeit von den Vereinigten Staaten an die Batista-Regierung geliefert worden waren.

Solche Fälle sind nicht selten. Die sowjetischen Lieferungen aufgrund des militärischen Beistandspaktes mit Ägypten hatten zur Folge, daß rund 100000 «Lee-Enfield»-Gewehre, die die ägyptische Armee vor 1949 von der britischen Militärmission erhalten hatte, frei wurden. Viele dieser britischen Waffen fanden zweifellos ihren Weg in andere Teile Afrikas, so etwa nach Somalia, wo sie gegen Äthiopien eingesetzt wurden und nach wie vor keine geringe Gefahr bedeuten.

Eine Schwierigkeit, derartige Waffenlieferungen unter Kontrolle zu bringen, besteht darin, daß in Lateinamerika aller Wahrscheinlichkeit nach insgesamt nicht mehr als etwa 1000 Aufständische vorhanden sein dürften. Grob geschätzt sind es 350 in Kolumbien und Venezuela, 200 in Guatemala und rund 100 in Bolivien. Seit der Waffenbedarf der Aufständischen gestiegen ist, haben sich verschiedene Lieferquellen — staatliche und private — aufgetan, die gewillt sind, die Risiken einzugehen und jede gewünschte Menge von Waffen und Munition zu liefern. Die heutige kubani-

sche Regierung hätte Schwierigkeiten, ihren Verbündeten kleinkalibrige Waffen in genügender Menge zu liefern, falls es sich um einen lokalen militärischen Konflikt handeln würde; aber sie ist augenscheinlich doch in der Lage, verschiedene Untergrundbewegungen gleichzeitig mit Waffen zu versorgen. Dennoch muß mit allem Nachdruck festgehalten werden, daß ein Land wie Kuba solche Lieferungen nur ausführen kann, weil es vorgängig von den Großmächten beträchtliche Mengen an Kleinkaliberwaffen erhalten hat.

Ist es den Aufständischen möglich, von günstig gelegenen Basen im Nachbarland aus zu operieren, so können sie Operationen größeren Stils, in größeren Einheiten, mit größerer Offenheit und unter Verwendung von schweren und oft recht modernen Feuerwaffen durchführen. Entsprechend ist die Art und Weise der Waffenbelieferung sehr unterschiedlich. Ein interessantes Beispiel bildet der Aufstand in Griechenland von 1946—1949; damals operierten die griechischen Kommunisten in großer Zahl von Stützpunkten in Albanien, Bulgarien und Jugoslawien aus, wo sie auch Waffen, Munition und andere Nachschubgüter erhielten. Die Aufständischen zählten etwa 20000 Mann, die mit Gewehren, Maschinenpistolen, ja sogar mit schweren Waffen wie Minenwerfern, rückstoßfreien Geschützen und selbst Artillerie ausgerüstet waren. Selbstverständlich verlangen die schweren Waffen einen gut organisierten Nachschub, ganz besonders in bezug auf die Munition. Stehen in einem Nachbarland Basen zur Verfügung, so können die Lieferanten die Aufständischen je nachdem mit schweren und selbst modernen Feuerwaffen versorgen. Das ist der Fall in Südvietnam, wo die Aufständischen 140-mm-Artillerieraketen verwendeten, um amerikanische Installationen anzugreifen.

Die regulären Streitkräfte in Entwicklungsländern sind in vielen Fällen aufgrund eines Militärabkommens mit kleinkalibrigen Waffen ausgerüstet worden. Es ist zu bemerken, daß in allen diesen Fällen das internationale Interesse sich mehr auf das schwere Kriegsmaterial konzentriert, das jeweils in solche Vereinbarungen einbezogen zu werden pflegt. So erregte beispielsweise im Falle Ägyptens die Lieferung sowjetischer Mittelstreckenbomber und Kampfpanzer großes Aufsehen, während fast niemand von den Hunderttausenden sowjetischer kleinkalibriger Waffen, die gemäß den Vereinbarungen ebenfalls geliefert wurden, Notiz nahm, obwohl ihr Einfluß auf das regionale Kräfteverhältnis in den kommenden Jahren sicher fühlbar wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in gewissen Ländern diese Lieferungen, selbst wenn es sich um kleine Mengen handelt, bald auch die Gegenseite zu neuen Rüstungsmaßnahmen veranlassen.

In den Entwicklungsländern muß jeder militärische Apparat — ob regulär oder irregulär — in erster Linie für einen ausreichenden, rechtzeitigen und sicheren Munitionsnachschub, für die Beschaffung von Ersatzteilen und für

die Ersetzung alter Waffen besorgt sein. Bekanntlich mußte Pakistan die Erfahrung machen, daß es manchmal einfacher ist, Waffen zu kaufen, als genügend Munition für einen längeren Konflikt zu lagern. Aus diesem Grunde sind einige Entwicklungsländer dazu übergegangen, ihre kleinkalibrigen Waffen und die dazugehörige Munition selber herzustellen. Das hat zur Folge, daß sich die Versorgungsquellen vervielfachen und daß die Waffenbeschaffung zunehmend leichter wird. Ein Beispiel dafür ist Indien, das nicht nur kleinkalibrige Waffen, sondern auch Artilleriegeschütze, Kampfwagen und Flugzeuge, meistens aufgrund importierter Pläne oder fremder Lizenzen herstellt. Vor dem Zweiten Weltkrieg war es England, welches Indien im Bau mehrerer Rüstungsbetriebe für die Herstellung englischer kleinkalibriger Waffen, wie des «Lee-Enfield»-Gewehrs, der «Vickers-Berthier»-Maschinenpistole und des «Bren»-Maschinengewehrs, unterstützte. Die heute in Indien fabrizierten Gewehre und Maschinenpistolen sind in der Regel indische Varianten englischer Konstruktionen. Indien hat auch die Fabrikation eines Vickers-Kampfwagens aufgezogen, der heute «Vijayanta» genannt wird. Bis jetzt wurden die meisten seiner Bestandteile in England hergestellt und nach Indien transportiert, aber ab 1970 soll er zu 80% in Indien selbst hergestellt werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Israel, welches auf eine völlige Unabhängigkeit vom Ausland auf dem Gebiet der kleinkalibrigen und Gefechtsfeldwaffen sowie deren Munition hinarbeitet. Israel hat von Belgien die Lizenzrechte für die Herstellung des 7,62-mm-Sturmgewehres der NATO erworben und fabriziert dazu eigene Flammenwerfer, 81-mm-Minenwerfer und 92-mm-Rakrohre (Panzerfäuste).

Es ist nicht möglich, den Umfang des internationalen Kleinwaffenhandels einigermaßen zuverlässig abzuschätzen. Die Anzahl der Gewehre, der Maschinenpistolen und anderer leichter Waffen, die seit dem Zweiten Weltkrieg außerhalb der großen Blöcke verschoben wurden, dürfte irgendwo zwischen 10 und 50 Millionen liegen. Es hält also schwer, die tatsächliche Auswirkung dieses Waffenhandels auf die Sicherheit und Stabilität in den Entwicklungsländern abzuschätzen. Viele grundlegende Fragen bleiben unbeantwortet: Welches ist der ungefähre Gesamtbestand an kleinkalibrigen Waffen? Wie sind sie verteilt? Wie schnell erfolgt die Nachlieferung? Wie groß ist der Verschleiß? Wie schnell können die Lieferungen erfolgen? Inwieweit wurden die wichtigsten Rebellengruppen, vor allem jene, die die Unterstützung einer Großmacht anriefen, durch direkte oder indirekte Waffenlieferung seitens der Großmächte in ihrem Vorhaben ermutigt? Welches sind, langfristig gesehen, die Auswirkungen der im Rahmen militärischer Beistandspakte erfolgenden Waffenlieferungen auf die regionale Sicherheit? Wie groß ist das Risiko, daß diese Waffen in unvorgesehener Weise eingesetzt werden?

Solche Fragen sind sowohl für Entwicklungsländer als auch für größere Nationen von Bedeutung. Die Weiterentwicklung der kleinkalibrigen Waffen

wird unter dem Impuls des wiedererwachenden Interesses der Großmächte an der konventionellen Bewaffnung neuerdings rascher betrieben. Tragbare Artillerieraketen und rückstoßfreie Geschütze, drahtgesteuerte Panzerabwehrlenk Waffen, tragbare Flammenwerfer sowie Nachtsicht- und Zielentdeckungsgeräte werden zweifellos ihren Weg auch in die Entwicklungsländer finden, und zwar zu den regulären Streitkräften wie zu den Aufständischen, und dies viel rascher als vielleicht erwartet.

Düsenkampfflugzeuge

Während genaue Angaben über die Verschiebung leichter Waffen (inbegriffen Gefechtsfeldwaffen und Artillerie) fehlen, ist über die Lieferung von schwerem Kriegsmaterial von Industriestaaten an Entwicklungsländer — Kampfwagen, Flugzeuge und Kriegsschiffe — mehr bekannt. Aus verschiedenen Gründen erhalten diese Lieferungen beträchtliche Publizität. Schwere Waffen verschärfen in bezug auf Ausdehnung, Raschheit und Reichweite drohende Konflikte, indem sie größere Geländegebiete unter Beschußgefahr bringen und eine viel gründlichere Analyse der feindlichen Strategie erfordern. Im Gegensatz zu den kleinkalibrigen Waffen erfolgt die Lieferung der schweren Waffen fast ausschließlich zwischen anerkannten Regierungen. (Ausnahmen sind freilich die Lieferung des bewaffneten Schulflugzeugs «Magister» an die Katanga-Söldner oder diejenige der B-265 an die nigerianischen Separatisten.) Der Entscheid, moderne Flugzeuge zu liefern oder zu kaufen, fällt also üblicherweise auf Regierungsebene. Das ergibt sich aus den hohen Kosten dieser ausgeklügelten Waffensysteme, aus den vielen Fabrikationsgeheimnissen dieser technisch hochentwickelten Systeme sowie auch aus der Notwendigkeit politischer Absprachen hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen solcher Lieferungen. Bei Rüstungswettläufen, besonders im Mittleren Osten, bildete die sprunghafte Steigerung der Zahl der Kampfflugzeuge den Brennpunkt dieser Bestrebungen, neben welchen alle anderen militärischen Vorbereitungen verblaßten.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben vier Lieferanten — die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich — rund 98% aller an Entwicklungsländer gelieferten Düsenkampfflugzeuge hergestellt. Es wurden in den Nachkriegsjahren von diesen Mächten über 5000 Düsenkampfflugzeuge (inbegriffen 500 Bomber) an Entwicklungsländer geliefert. Gemäß den erhältlichen Angaben war der Ausstoß für das Jahr 1966 wie folgt:

Sowjetunion	1870
Vereinigte Staaten	1540
Großbritannien	1280
Frankreich	420

Außer diesen vier Hauptlieferanten von Kampfflugzeugen kommen weitere Staaten als zukünftige Lieferanten in Frage, vor allem Schweden, Westdeutschland, Kanada, Italien, Japan, die Tschechoslowakei und Rotchina. Deren Exportmöglichkeiten vermögen jedoch den Absatz der vier Hauptlieferanten bei weitem nicht zu erreichen.

Einen eindrucklichen Anschauungsunterricht für das «Wettliefern» von Flugzeugen durch die Großmächte bieten die Vorgänge des israelischen und ägyptischen Wettrüstens von 1955 bis heute. Ägypten unterschrieb den ersten militärischen Beistandspakt mit der UdSSR im Jahr 1955. Innert kurzer Zeit erhielt Ägypten nahezu 200 sowjetische Düsenjäger vom Typ MiG-15 und MiG-17 sowie Jagdbomber vom Typ Il-28. Diese plötzliche Störung des regionalen Gleichgewichts war ohne Zweifel eine der Ursachen, die zur britisch-französisch-israelischen Aktion gegen Ägypten im Oktober 1956 führten; damals gingen denn auch schätzungsweise 50 Prozent des ägyptischen Flugzeugbestandes verloren. Aber unmittelbar darauf begann die UdSSR den Ägyptern neue Waffen zu liefern. Im Zeitraum von sechs Monaten wurden zusätzliche 100 MiG-17-Jäger und mehr als 50 Il-28-Bomber geliefert. In den Jahren 1961 und 1962 folgten sodann 100 MiG-19-Jäger, und von 1962 bis 1966 rund 130 Überschalljäger MiG-21 sowie 40 bis 50 Allwetterabfangjäger MiG-21 D. Im gleichen Zeitraum ergänzte die UdSSR den ägyptischen Flugzeugbestand durch ungefähr 25 Tu-16-Mittelstreckenbomber, die in der Lage sind, eine Bombenlast von 10000 Pfund aufzunehmen. Diese Lieferung bedeutete im Grunde das Ende der von den Großmächten bisher stillschweigend geübten Gepflogenheit, den Entwicklungsländern bloß Kampfflugzeuge von begrenzter Reichweite und Kampfpuladung zu liefern.

Gleichzeitig wurde mit französischer Hilfe auch das israelische Kampfpotential vergrößert. Frankreich hat seit dem Jahre 1956 etwa 80 Überschall-Jagdflugzeuge Typ «Mystère», 72 Überschalljäger «Mirage»-III mit Luft-Luft-Lenk Waffen, ungefähr 50 Jagdbomber «Ouragan» und rund 25 Jagdbomber «Vautour» an Israel geliefert. Ferner besitzt Israel zwischen 60 und 100 Düsen-Schulflugzeuge «Magister» und Erdkampfflugzeuge, von denen eine Anzahl unter französischer Lizenz in Israel hergestellt worden sind.

Es liegt auf der Hand, daß eine dermaßen große und aufwendige Luftwaffe — aufwendig nicht nur im finanziellen Sinn — im betreffenden Land jeweils einen großen Teil des vorhandenen technischen Kaders absorbieren muß, das heißt jene Leute, die ohnehin in zu geringer Zahl vorhanden sind. So muß man sich fragen, welchen Schutz sie dem betreffenden Land oder der ganzen Region bieten kann.

Aus naheliegenden Gründen muß die Luftrüstung einer Macht durch die andere Seite zumindest qualitativ kompensiert werden. Deshalb führt die Verstärkung einer Luftwaffe über kurz oder lang zu einem Wettrüsten. So-

lange aber ein relatives Gleichgewicht beibehalten wird, bleibt ein Zuwachs an Sicherheit für eine Seite ohne Bedeutung. Ferner ist zu berücksichtigen, daß damit die Gefahr eines Überraschungsangriffes wächst, und zwar bedingt durch die Einsatzstrategie der auf äußerst verwundbare Flugplätze angewiesenen Hochleistungsflugzeuge. Auch ist die Frage berechtigt, wie derartige Waffen die Denkweise der führenden Köpfe beeinflussen. Die Ereignisse im Mittleren Osten im Jahr 1967 und in Kaschmir im Jahr 1965 zeigen, daß die Verfügungsmöglichkeit über solches Kriegsmaterial der Führung ein unberechtigtes Vertrauen in ihre Fähigkeit, einen Krieg zu beginnen und zu gewinnen, gibt. Der Suezkrieg von 1956 hat sogar gezeigt, daß eine rasche Aufrüstung der einen Seite einen Präventivangriff der anderen Seite hervorrufen kann. Freilich müssen unabhängige Staaten auch die Mittel besitzen, um ihren Luftraum zu behaupten. Der kommende Überschallflugverkehr und die stetige Zunahme des Düsenflugverkehrs zwingen die Entwicklungsländer, über eigene Hochleistungsjäger und Interzeptoren zu verfügen, um ihren Luftraum zu überwachen, wenigstens solange, als zufriedenstellende internationale Abmachungen noch nicht bestehen.

Es ist wohl nicht übertrieben zu sagen, daß der Besitz moderner Kampfflugzeuge den Entwicklungsländern eine größere politische Aktionsmöglichkeit verleiht, indem er sie befähigt, ihren Willen auszudrücken und dem Gegner ihre Macht zu zeigen, was mit Erdstreitkräften kaum in gleichem Maße getan werden könnte. So konnte die türkische Luftwaffe, indem sie im Jahr 1964 Einsätze über Zypern flog, die Griechen davon überzeugen, daß sie willens war, mit Truppen zu intervenieren, falls sich die Lage ihrer Landsleute auf der Insel nicht bessern sollte. In anderen Fällen konnte der beschränkte Einsatz der Luftwaffe über die Staatsgrenzen hinaus als Ersatz für einen Angriff der Bodestreitkräfte mit allen seinen bekannten Risiken und Gefahren dienen. Andererseits führt aber, wie die ägyptischen Luftangriffe gegen Jemen zeigen, ein solcher Luftwaffeneinsatz eher dazu, daß das ganze Konzept der Hoheit und Unverletzbarkeit der nationalen Grenzen in Frage gestellt wird.

Was kann zu den künftigen Tendenzen, ausgeklügelte Düsenflugzeuge an die Entwicklungsländer zu liefern, gesagt werden? Zunehmende Bedeutung gewinnt das Problem des Weiterverkaufes, des «Occasionshandels» mit Kampfflugzeugen. Zwischen 1945 und 1965 stammten nur 1 Prozent aller von Entwicklungsländern gekauften Flugzeuge aus zweiter Hand. Seit 1965 hat aber dieser Anteil stark zugenommen; so lieferte Westdeutschland in den letzten vier Jahren aus seinen Beständen an überzähligen Flugzeugen eine Reihe F-84 an die Türkei sowie F-86 an Griechenland und die Türkei, 90 in Kanada hergestellte F-86 an Iran, französische «Magister» an Nigeria, 40 «Fiat» G-91 an Portugal und über 50 amerikanische F-86 an Venezuela. Offenbar verursacht die fortwährende Ergänzung der Flugzeugbestände auf

der ganzen Welt das Anwachsen einer verhältnismäßig großen Zahl an überzähligen Düsenjägern und Bombern, alles Flugzeuge mit beachtlicher Lebensdauer. Es wäre, wie im Falle Deutschlands, nützlich zu untersuchen, welchen wirtschaftlichen Druckmitteln und Begründungen diese Exporte unterliegen und inwieweit sie mit zusätzlichen Lieferungen von Kriegsmaterial aus den USA zusammenhängen.

Um hinsichtlich Unterhalt und Lieferung von Ersatzteilen eine Abhängigkeit vom Ausland zu vermeiden, haben viele Entwicklungsländer bereits die Herstellung von fremden Flugzeugen auf eigenem Boden in Lizenzrecht begonnen oder auch schon versucht, eigene Kampfflugzeuge zu entwerfen und zu entwickeln. In den vergangenen Jahren hat die ägyptische Regierung den Versuch unternommen, einen eigenen Überschalljagdbomber, den HA-300, zu entwickeln. Der Entwurf des HA-300 entstand kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als Willi Messerschmitt sich mit der spanischen Hispano Aviación verband. Als sich die spanische Regierung im Jahr 1950 entschloß, das Projekt zu streichen, wurde mit der ägyptischen Regierung eine Vereinbarung getroffen, wonach diese das vollständige Programm dem ägyptischen Flugzeugwerk in Heluan übertrug. Ägypten warb deutsches, spanisches und eigenes technisches Personal an, und ein österreichischer Flugzeugingenieur wurde als Projektleiter gewonnen.

Das Ergebnis dieses Programms brachte die Schwierigkeiten eines derartigen Unterfangens freilich bald an den Tag; die industriell weniger entwickelten Länder kommen ohne weitgehende Unterstützung vom Ausland einfach nicht aus, und so läßt sich gerade das eigentliche Ziel solcher Programme gar nicht erreichen. Um das für die Verwirklichung des Programms unabdingbare qualifizierte Personal, die technische Unterstützung und das erforderliche Material aus Westeuropa zu erhalten, erwies es sich als notwendig, in der Schweiz ein eigenes Rekrutierungs- und Beschaffungsbüro zu eröffnen. Aber trotz beträchtlicher ausländischer Teilnahme war dem Projekt nur geringer Erfolg beschieden. Als dann die westdeutsche Regierung in den vergangenen Jahren ihre Landsleute veranlaßte zurückzukehren, geriet das HA-300-Programm in immer größere administrative und technische Schwierigkeiten. Zwar stellten europäische Flugzeugfabriken den Ägyptern Versuchseinrichtungen zur Verfügung und unterstützten sie auch durch technische Beratung; allein das Fehlen einer gesunden technischen und industriellen Basis im Lande selbst ließ sich dennoch nicht wettmachen. Die Abhängigkeit vom Ausland trat augenfällig in Erscheinung, als es notwendig wurde, im Jahre 1966 einen vollständigen Rumpf des HA-300 nach England zu transportieren, um dort das Druck- und Klimasystem zu erproben.

Selbst in Indien, dessen Flugzeugindustrie gut ausgebaut ist, scheiterte der Versuch, ein einheimisches Hochleistungskampfflugzeug zu entwickeln. Der Chefkonstrukteur der Focke-Wulfe-Werke begab sich im Jahr 1950 nach

Indien und übernahm die Führung einer Gruppe von Konstrukteuren, hauptsächlich Deutschen, die den Auftrag hatten, die Entwicklung eines Überschall-Allwetterjägers mit der Bezeichnung HF-24 an die Hand zu nehmen. Im Vergleich zu den industriell hoch entwickelten Ländern kam dieses Entwicklungsprogramm aber äußerst langsam voran. In schwierigen und bisher unfruchtbaren Verhandlungen mit anderen Großmächten, wie den USA, Großbritannien und der UdSSR, ist versucht worden, ein entsprechendes Triebwerk für den HF-24 zu beschaffen. Selbst für die Herstellung von weniger komplizierten Teilen und Gruppen — etwa für Kabinendächer oder Steuerknüppel — war die Mitwirkung ausländischer Lieferfirmen unerlässlich. Obwohl das HF-24-Programm schließlich in der Herstellung einiger Prototypen ausmündete, wurde sein Hauptziel, die Erlangung völliger Unabhängigkeit von ausländischen Lieferungen, nicht erreicht.

Der Lizenzbau andererseits stellt eine Kompromißlösung dar, die immerhin ein gewisses Maß an Kontrolle über die ausländischen Lieferungen zuläßt. Ein Beispiel hierfür ist die Lizenzproduktion des russischen Düsenjägers MiG in Indien. Durch ein im Jahr 1964 abgeschlossenes Abkommen hat sich die UdSSR verpflichtet, der Hindustan Aeronautics Ltd. bei der Errichtung von drei getrennten Fabrikationsanlagen — eine für die Zelle, eine für Triebwerke und eine für Elektronik — beizustehen. Die Sowjetunion lieferte nicht nur die Fabrikationseinrichtungen, sondern auch das Montagepersonal. Indien wird, wie es in der Anfangsphase einer Lizenzfabrikation allgemein üblich ist, mit dem Zusammenbau von MiG-21-Flugzeugen beginnen, deren Teile in der UdSSR vorgefertigt wurden. Nach und nach wird es dann die Verantwortung für die Montage von Untergruppen und für die Fabrikation von Bestandteilen übernehmen. Bereits früher sind in Indien britische Düsenjäger, zum Beispiel «Vampires» und «Folland Gnats» in großer Zahl in Lizenz hergestellt worden. Einen erfolgreichen Lizenzbau hat Israel unternommen, indem es den französischen «Potez Magister»-Düsentrainer nachbaute. In Südafrika gelang es der Atlas Aircraft Corporation, den italienischen «Macchi»-Düsentrainer MB-326 herzustellen. Im Sommer 1967 beschritt Israel den eher ungewöhnlichen Weg, eine vollständige amerikanische Flugzeugfabrik aufzukaufen, deren Anlagen nun nach Israel verlegt werden sollen.

Zwar vermag der Lizenzbau die Versorgung mit Ersatzteilen sicherzustellen, und er trägt auch zweifellos dazu bei, das Niveau der einheimischen Industrie zu heben; es hat sich aber gezeigt, daß er äußerst kostspielig und schwer zu verwirklichen ist und außerdem viel Zeit benötigt. Selbst beim Einsatz einer vollständigen, in den USA aufgekauften Flugzeugfabrik kommen die Herstellungskosten pro Einheit viel höher zu stehen als bei der ursprünglichen Produktion in dieser Fabrik. Diese Mehrkosten hängen weitgehend von der industriellen und technischen Erfahrung ab, über die das

Personal des Lizenznehmers verfügt. Muß auch noch das technische Personal aus dem Ausland beschafft werden, so vervielfachen sich die Schwierigkeiten bei der Bewältigung der industriellen und technischen Probleme. Wenn auch in nächster Zeit der Lizenzbau in den industriell besser organisierten Entwicklungsländern, so etwa in Indien, zunehmen dürfte, so wird der Kauf fertiger Flugzeuge doch noch auf längere Zeit hinaus vorwiegen.

Ballistische Lenkwaffen

Im Frühjahr 1966 berichtete die amerikanische Presse, daß Israel mit Frankreich einen Vertrag über die Lieferung einer großen Anzahl ballistischer Lenkwaffen abgeschlossen habe. Diese Nachricht wurde prompt und überzeugend von beiden Seiten dementiert. Französische Sprecher erklärten, daß die französische Regierung allerdings nichts dagegen hätte, wenn eine französische Firma auf dem Gebiet der Raketenentwicklung mit Israel zusammenarbeite. Israel schien besonders an der Entwicklung einer Zweistufen-Lenkwanne vom Typ «Topaze» interessiert zu sein, einer Versuchsrakete, die als Teil des französischen militärischen ballistischen Lenkwaffenprogramms entwickelt wurde. Aus den Verhandlungen werden zwei Gesichtspunkte ersichtlich, die für die heutige Lage der Dinge bezeichnend sind: Einmal stellt die Überlassung solcher vollständiger und einsatzbereiter Angriffswaffen durch eine Großmacht an ein Entwicklungsland einen äußerst heiklen politischen Akt dar, der nicht ohne Folgen bleiben kann. Sodann zeigt sich, daß die Gewährung technischer Hilfe für ein bereits im Gang befindliches einheimisches Programm weniger Widerstand hervorruft, da viele Einzelheiten geheimgehalten werden können und da das Ergebnis nicht sofort sichtbar wird.

Die Ausbreitung ballistischer Lenkwaffen in den Entwicklungsländern hat eben erst begonnen, und sie wird wahrscheinlich kaum sehr rasch erfolgen. Die Schwierigkeiten, auf die Ägypten bei der bereits geschilderten Flugzeugentwicklung stieß, bestehen in noch vermehrtem Maße bei einer Lenkwaffenentwicklung. Die Geschichte der ägyptischen Lenkwaffenbeschaffung ist bekannt, so daß es sich erübrigt, hier alle Details zu wiederholen. Es sei lediglich daran erinnert, daß die ägyptische Regierung im Jahr 1960 Raketenpezialisten aus Westdeutschland und anderswo anwarb und sie in einem Lenkwaffenzentrum in Heliopolis einsetzte. Im Jahr 1962 zählte man bereits über 250 westdeutsche Raketenpezialisten und -techniker, und insgesamt waren rund 1000 Personen beschäftigt. Man konzentrierte sich auf die Entwicklung dreier Flüssigkeitslenkwaffen, die in ihrer Konstruktion auf der deutschen V-2 beruhten. Den ersten Platz nahm eine Zweistufen-Lenk-

waffe ein, die als Träger eines Kriegskopfes von 2000 Pfund dienen und über eine Reichweite von 500 Meilen verfügen sollte. Das erste öffentlich angekündigte Versuchsschießen mit ägyptischen Lenkwaffen erfolgte im Juli 1962. Kurz nachher wurden im Rahmen einer Parade zu Anlaß der Revolutionsfeier zwei kleinere Lenkwaffen, bestimmt für eine Reichweite von 200 Meilen und 325 Meilen, gezeigt. Präsident Nasser erklärte, daß beide Typen zurzeit in Produktion wären. Aber einige Wochen später erfuhr man durch einen deutschen Raketentechniker, daß es noch Jahre brauchen werde, ehe diese Lenkwaffen militärisch einsatzbereit sein würden.

Es ist verständlich, daß das Ziel, eine einsatzbereite Lenkwaffe zu bauen, die Möglichkeiten einer zahlenmäßig beschränkten und oft unter wenig zufriedenstellenden Bedingungen arbeitenden Konstruktionsgruppe weit übersteigt. Aber selbst ein nicht realisiertes Lenkwaffenprogramm erzeugt bereits viel politischen Zündstoff. Israelische Terroraktionen gegen das deutsche Personal wie auch der politische Druck Israels auf Westdeutschland reden eine deutliche Sprache. Außerdem war der Preis, den Ägypten zahlte, im Vergleich zu dem, was es schließlich erhalten hat, viel zu hoch. Fachleute teilten mit, daß Ägypten jährlich über 100000 Dollar allein für technische Beratung auslegte. Auch waren die Preise, zu denen Ägypten Einrichtungen und Material aus Europa bezog, offensichtlich übersetzt.

Im ganzen zeigt das ägyptische Experiment, daß die Entwicklungsländer vor unüberwindlichen Schwierigkeiten stehen, wenn sie den Versuch unternehmen, brauchbare Lenkwaffensysteme in mehr oder weniger unabhängiger Weise zu entwickeln. Schon der Aufwand für die Entwicklung und Produktion einer ballistischen Lenkwaffe von 500 Seemeilen Reichweite — eine gerade für die Mitteloststaaten interessante Waffe — ist äußerst groß. In einem industriell entwickelten Land müßte die Entwicklung und die Herstellung solcher Lenkwaffen rund 10000 gut ausgebildete Fachkräfte, inbegriffen 2500 Ingenieure, benötigen und vom Entwurf bis zur Fabrikationsreife einen Zeitraum von 6 bis 8 Jahren erfordern. Die Gesamtkosten für Entwicklung, Herstellung und Einsatz von 50 Lenkwaffen dürften sich in diesem Zeitraum auf rund 500 Millionen Dollar belaufen. Ähnlich wie beim Flugzeugbau müßten die Kosten für derartige Programme in einem Entwicklungsland auch hier beträchtlich höher liegen, da eine Abhängigkeit von Unterlieferanten in Industrieländern besteht und da außerdem weit mehr Schwierigkeiten bei der Durchführung des Programmes auftauchen, als dies in einem Industrieland der Fall wäre.

Diese hohen Kosten und die Ungewißheit, ob ein Entwicklungsprogramm überhaupt gelingt, und ferner auch das Fehlen einer industriellen Grundlage veranlaßten einige Entwicklungsländer, sich entweder nach dem Ankauf eines vollständigen Lenkwaffensystems umzusehen oder wenigstens eine nationale Scheinfassade für ein im Ausland durchgeführtes Entwicklungs-

programm zu schaffen. Auch eine nur rohe Schätzung der Kosten zeigt deutlich, daß ein Land wie Israel mit Unterstützung eines Industriestaates wie Frankreich seinen zeitlich und finanziellen Aufwand beträchtlich einschränken könnte. Die Einsparungen dürften sich auf 30% der Lohnkosten für das Totalprogramm, auf 50% der Saläraufwendungen für die Wissenschaftler und auf 20—30% der Totalkosten belaufen; dabei könnte der genannte Zeitraum von acht Jahren um zwei Jahre verkürzt werden. Diese Einsparungen ließen sich realisieren, indem entweder die Herstellungsrechte erworben würden oder indem bestimmte Bestandteilgruppen, wie Steuerorgane, fertig gekauft würden; auch eine Zusammenarbeit bei den Anpassungsarbeiten eines bereits vorhandenen französischen Raketenmotors und die Benützung des französischen Versuchsgeländes wären von großem Nutzen.

Im Jahr 1970 werden ungefähr fünf Länder in der Lage sein, vollständige Lenkwaffensysteme zu liefern. Dazu kommen zehn Lieferanten von Untergruppen wie Lenkung, Steuerung, Antrieb und Zellenteile. Für das Jahr

Mögliche Lieferanten von Lenkwaffensystemen und deren Bestandteilen

	<i>Ganze Systeme</i>	<i>Bestandteile und Gruppen</i>	
bis 1970	USA UdSSR Frankreich Großbritannien China	USA UdSSR Frankreich Großbritannien China VAR Westdeutschland	Japan Italien Kanada Ostdeutschland Australien Schweden Schweiz Israel
1970—1975	die obigen und dazu: VAR Japan Israel	die obigen und dazu: Niederlande Belgien Tschechoslowakei Indien	
1975—1980	die obigen und dazu: Westdeutschland Italien Kanada Ostdeutschland Australien Schweden Schweiz Niederlande	die obigen und dazu: Südafrika Polen Norwegen Jugoslawien Pakistan Indonesien Argentinien Brasilien Chile	

1975 kann man bereits mit acht Lieferanten von vollständigen Waffensystemen und elf Lieferanten von Untergruppen rechnen. Obwohl es schwierig ist, die zukünftige Entwicklung noch weiter vorzuschätzen, scheint es nicht unwahrscheinlich, daß im Jahr 1980 sechzehn Lieferanten von vollständigen Systemen und zwölf Lieferanten für Untergruppen lieferfähig sein werden (siehe Tabelle auf S. 253). Diese Zunahme ergibt sich nicht bloß aus einer Zunahme an militärischen Programmen, sondern auch aus dem weltweiten Interesse an der Raumfahrt. So hat Japan bereits Raketensonden an Jugoslawien, Indonesien und andere Länder geliefert. In dem Maße, als die Zahl der Lenkwaffenhersteller zunimmt und damit die Kontaktmöglichkeiten zwischen Käufern und Verkäufern wachsen, wird die Kontrolle über den Lenkwaffenhandel, die allerdings kaum angestrebt werden dürfte, immer schwieriger.

Obwohl niemand den Endeffekt der Lieferung von Lenkwaffen an die Entwicklungsländer kennt, so können doch einige mögliche Auswirkungen bereits erkannt werden. Da die Kosten für ein wirklich voll einsatzbereites Lenkwaffensystem außerordentlich hoch sind, dürfte es notwendig sein, vorgängig der Beschaffung die Ziele zu bestimmen, deren Zerstörung den Kauf derartig teurer Waffen rechtfertigt, wie zum Beispiel Städte oder bedeutende Industrieanlagen. Aus den gleichen Gründen ist die Lenkwaffenbeschaffung nur interessant, wenn diese Waffen die ins Auge gefaßten Ziele auch wirklich mit vernichtenden Schlägen zu treffen vermögen. Durch Einbeziehung von Lenkwaffen in regionale Konflikte werden sich die in den Konflikt verwickelten Parteien mit neuen und für sie ungewohnten strategischen Überlegungen zu befassen haben, was wenigstens anfänglich große Unsicherheit schaffen dürfte.

Man kann immer wieder feststellen, daß jedesmal nach Beendigung eines lokalen Konfliktes ein neues Wettrüsten begann, so etwa nach dem Palästina-Krieg von 1948, nach dem Suezkonflikt von 1956, nach der chinesisch-indischen Auseinandersetzung von 1962 sowie nach dem Kaschmirkrieg von 1965. Jedesmal wechselten dann auch Qualität und Quantität der neu beschafften Waffen, und teilweise wurde, wie im Fall Pakistan, auch der Lieferant gewechselt. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Die Erprobung im Kampf erlaubt es, die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Waffentypen besser einzuschätzen, und außerdem besteht die dringende Notwendigkeit, den Ausfall der Waffen zufolge Einsatz und Verschleiß durch Neuanschaffungen zu kompensieren. Im allgemeinen pflegt die politische Führung in Krisenzeiten den Wünschen der Militärs besonders zugänglich zu sein. Sehr wahrscheinlich wird der nächste Schritt des mittelöstlichen Wettrüstens dazu führen, daß nicht nur ballistische Lenkwaffen, sondern auch wirkungsvollere Sprengköpfe zu erwerben gesucht werden, wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß die Lieferanten wechseln. Der Versuch Ägyptens, Lenk-

waffen zu entwickeln, war nicht ganz tauglich — um nicht mehr zu sagen. Nach allen den entmutigenden Erfahrungen dürfte Ägypten nun diesen Versuch aufgeben und sich statt dessen nach einem neuen Lieferanten umsehen, um die mühsame Anwerbung einzelner Fachleute zu umgehen.

Schlußfolgerungen

Warum liefern die Großmächte Waffen an die Entwicklungsländer? Gewiß sprechen einmal wirtschaftliche Gründe dafür: Der Wunsch, überzähliges Kriegsmaterial zu verkaufen, um eine geordnete und serienmäßige Produktion sicherzustellen und um die Handelsbilanz auszugleichen, ist begreiflich, denn es handelt sich dabei um wichtige Faktoren. Aber doch dürften in der Zeit des Kalten Krieges und des ideologischen Konfliktes die politischen Absichten der Großmächte stärker ins Gewicht fallen.

Allerdings hat der Westen größere Anstrengungen unternommen, den Waffenstrom in die Entwicklungsländer zu drosseln, als dies im allgemeinen angenommen wird. Waffenlieferungen erfolgen jeweils in der Absicht, damit entweder eine legale Regierung vor Umsturzversuchen zu schützen oder eine Art militärischen Gleichgewichts zwischen verschiedenen Staaten einer Region zu schaffen. So haben amerikanische Staatsmänner im Sommer 1967, als sie vor dem Kongreß den Waffenexport begründeten, bezeugt, daß ihrer Politik nur die besten Absichten zugrunde liegen. Aber darum geht es hier gar nicht. Die Motive sind gewiß ehrbar — aber die Folgen lassen sich eben zunächst nie absehen. Selbst wenn alle die verschiedenen Gründe für die Weiterverbreitung konventioneller Waffen einer kritischen Prüfung standhalten, so wird durch diese Vorgänge dennoch ein immer weniger übersichtlicher und zunehmend gefährlicherer Prozeß eingeleitet, der auf lange Frist weder im Interesse der Entwicklungsländer noch im Interesse der Großmächte liegen kann.

Ironischerweise sind es jeweils gerade die gleichen Großmächte, die vorher an die Entwicklungsländer Waffen geliefert haben und, sobald zwischen solchen Ländern ein Krieg ausbricht, sofort in gemeinsamen Appellen die Streitparteien zum Abbruch der Kriegshandlungen aufrufen. Ein sprechendes Beispiel hierfür liefert Afrika: Obwohl die USA und die UdSSR sich am Aufbau der somalischen und äthiopischen Streitkräfte beteiligt hatten, wandten sich die beiden Großmächte im Januar 1964 in einer gemeinsamen Aufforderung zum Waffenstillstand an die Kriegführenden. Ähnlich lagen die Dinge im Jahr 1965, als die USA, Großbritannien und die UdSSR sich für eine Feuereinstellung im Kaschmir-Konflikt einsetzten. Der Schluß ist wohl erlaubt, daß es gerade die Waffenlieferungen der Großmächte sind, die den Angreifer in seinem Selbstvertrauen bestärken und ihn so ermuntern, einen Streit vom Zaune zu brechen.

Es ist nicht leicht, die Frage zu beantworten, wie der internationale Waffenhandel kontrolliert werden kann, und die Aussichten dafür sind nicht gerade rosig. Die Sowjetunion hat seit 1955 bei der Belieferung unterentwickelter Länder mit Kriegsmaterial die Rolle eines Schrittmachers gespielt, und nichts deutet darauf hin, daß sie gedenkt, auf diese Rolle zu verzichten. Trotz der Rückschläge in Indonesien und in Ägypten sind die Sowjets nicht bereit, den Waffenexport als ein Instrument ihrer Politik gegenüber den Entwicklungsländern aufzugeben; inzwischen haben sie Ägypten wiederaufgerüstet und auch Nigerien bereitwillig mit Waffen beliefert. Zum Teil mag die Kontinuität dieser Politik auch dem Umstand zuzuschreiben sein, daß in Moskau — und übrigens auch in Washington — eigens Regierungsstellen geschaffen worden sind, die sich mit solchen Waffenlieferungen befassen und die natürlich ein eigenes Beharrungsvermögen entwickelt haben. Auf jeden Fall baut die Sowjetunion ihre Nachschubkanäle — Luftbrücken wie Seetransportmittel — rasch aus, was wohl als ein Vorzeichen für weitere, ausgedehntere sowjetische Waffenexporte gedeutet werden muß.

Schließlich ist es nun einmal so, daß souveräne Staaten noch auf unabsehbare Zeit hinaus Waffen benötigen werden. Das Problem läßt sich erst dann lösen, wenn alle Beteiligten — im Osten, im Westen und in den Entwicklungsländern — erst einmal darüber Klarheit gewinnen, was sie eigentlich tun. Noch wissen wir sehr wenig über die Auswirkungen des internationalen Waffenhandels auf die internationale Sicherheit. Auch müßten alle Beteiligten zur Einsicht gelangen, daß hier eine große internationale Anstrengung notwendig wäre. Wohl bemüht man sich ab und zu, den internationalen Waffenhandel zu durchleuchten. So hat Malta im November 1965 einen Resolutionsentwurf vor die UNO-Generalversammlung gebracht, in dem gefordert wurde, daß die UNO «ein allgemeines und wirksames System der Bekanntgabe aller Lieferungen von Waffen, Munition und anderem Kriegsmaterial, sei es durch Verkauf oder auf andere Weise» ausarbeite. Dieser Resolutionsentwurf war ein vielversprechender Ansatz; er wurde indessen nicht angenommen, und zwar aus dem einfachen Grunde, daß die anwesenden Diplomaten in jenem Augenblick bereits sehr müde waren. Sicherlich hätte ein zweiter Anlauf gute Aussichten. Der Resolutionsentwurf wies übrigens darauf hin, daß der Völkerbund während vieler Jahre ein Jahrbuch über den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial veröffentlichte. Im vergangenen Jahr schlug der amerikanische Präsident eine unter UNO-Aufsicht durchgeführte, laufende Registrierung aller an Mitteloststaaten gelieferten Waffen vor. Beiden Vorschlägen liegt die gewiß berechtigte Annahme zugrunde, daß eine Veröffentlichung den Waffenhandel bereits etwas zu bremsen vermöchte. Aber der Wert einer derartigen Veröffentlichung könnte noch viel größer sein, würden sich sowohl Regierungen wie private Kreise einmal in weltweitem Rahmen um die — wenn auch nicht vollkom-

men lückenlose — statistische Erfassung aller Waffenverschiebungen bemühen. Es wird heute von verschiedenen Seiten behauptet, daß der internationale Waffenhandel die internationale Sicherheit bedrohe: Bevor jedoch nicht eine größere Zahl von Sachverständigen für Fragen der Verteidigung, der Strategie und der Rüstungskontrolle mit den Einzelheiten dieses Problems besser vertraut sind, läßt sich dieser gefühlsmäßige Verdacht weder bejahen noch widerlegen.

Die Verdachtsmomente, die einer näheren Prüfung unterzogen werden sollten, lauten etwa: Das Vorhandensein von Waffen in Entwicklungsländern kann die Entwicklung von Spannungen zu bewaffneten Konflikten beschleunigen; der Waffenhandel führt auch Großmächte dazu, sich eindeutig, wenn auch uneingestanden, mit den Parteien des Wettrüstens und schließlich des lokalen Konfliktes zu identifizieren; die umfangreichen Waffenlieferungen oder die Übermittlung waffentechnischen «know-hows» erzeugen in den Entwicklungsländern soziale, politische und wirtschaftliche Wirkungen, die niemand wirklich überblickt; die Aufrüstung der Entwicklungsländer kann zu außenpolitischen Verhaltensweisen führen, die sich eines Tages gegen die Großmächte selber wenden.

Es ist nur zu hoffen, daß immer mehr Länder über Sachverständige verfügen, die Informationen über den internationalen Waffenhandel sammeln und verwerten. Dann werden vielleicht auch bessere Lösungen gefunden, um die Stabilität, den Wohlstand und die Sicherheit der Entwicklungsländer zu gewährleisten.

Anmerkung des Autors: Dieser Beitrag wurde anlässlich der 9. Jahreskonferenz des Londoner *Institute for Strategic Studies* vorgetragen. Bei seiner Ausarbeitung machte ich ausgiebig Gebrauch von Unterlagen, die mir von den Kollegen der Brown & Shaw Research Corporation zur Verfügung

gestellt wurden, insbesondere von Erastus Corning III, David Knapton, Judith Young, Priscilla Clapp, sowie von einer Arbeit von Lewis Frank, einem Berater des *Institute for Strategic Studies*. Ihnen allen bin ich zu aufrichtigem Dank verpflichtet.